

AKTUELL



Commission consultative
des droits de l'homme
du Grand-Duché de Luxembourg

VERFASSUNGSREFORM

CCDH übt heftige Kritik

Tessie Jakobs

In ihrem Gutachten zur vorgeschlagenen Verfassungsreform übt die Menschenrechtskommission heftige Kritik. Ein Dorn im Auge ist ihr nicht nur der Inhalt, sondern auch die Prozedur.

Als „leere Hülle“ bezeichnet die konsultative Menschenrechtskommission (CCDH) das Kapitel zu den Menschenrechten in der geplanten Verfassungsreform. Das entsprechende Gutachten stellte sie am vergangenen Dienstag der Presse vor. „Alors qu'il s'agissait d'une occasion unique pour proposer un texte novateur, embrassant avec courage et esprit d'ouverture le défi d'une protection accrue des droits humains, le constituant s'est limité à un exercice d'énonciation et de catégorisation des droits“, lautet das vernichtende Fazit.

Einer der Hauptkritikpunkte gilt der Unterscheidung zwischen Luxemburger*innen und Nicht-Luxemburger*innen: „Cette séparation est incompatible avec la jurisprudence de la Cour constitutionnelle luxembourgeoise, ainsi qu'avec les traités internationaux qui prévoient l'égalité de toute personne, sans distinction de nationalité“.

Nicht hinnehmbar, so die CCDH weiter, sei die Beschränkung auf eine binäre Geschlechterordnung: Nicht-binäre Personen werden im vorliegenden Text mit keinem Wort erwähnt. Ebenso wenig die LGBTIQ+ Gemeinschaft. Würde er so belassen, wie er jetzt ist, könnte der entsprechende Artikel die Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen begünstigen.

Unzureichender Schutz

Eine weitere fundamentale Kritik der CCDH betrifft die Meinungs- und Religionsfreiheit. So werde nicht ausreichend unterschieden zwischen „eine Meinung haben“ und „eine Meinung äußern“. Während Ersteres nicht beschränkt werden könne, sei die Sachlage bei Letzterem eine an-

dere. Im Einklang mit rezenten Entwicklungen sei es zudem wichtig, das Konzept der Pressefreiheit möglichst umfassend zu definieren: Medienpluralismus und Informationszugang gehörten dazu ebenso wie Quellen- und Whistleblower-Schutz.

In puncto Asylrecht, so die CCDH, sei der aktuelle Text nicht präzise genug: Gehe es dabei darum, ein bestehendes Recht in der Verfassung festzuschreiben, oder vielmehr darum, ein zusätzliches Mittel zum Erlangen internationalen Schutzes zu schaffen? Letzteres ist etwa in der französischen Verfassung vorgesehen.

Ein letzter großer Kritikpunkt betrifft prekäre Gesellschaftsschichten. Es sei wichtig, das universelle Recht auf Gesundheitsversorgung zu garantieren. Werde der Gesundheitsschutz nur für Arbeitnehmer*innen vorgesehen, riskiere man, arbeitslose Menschen in eine noch prekärere Situation zu bringen. Nicht hinnehmbar ist es in den Augen der CCDH zudem, den Kampf gegen Armut unerwähnt zu lassen. In Bezug auf Menschen mit Behinderung sei unterlassen worden, deren Recht auf Autonomie, soziale und professionelle Inklusion und eine würdige Wohnsituation festzuhalten.

Ganz allgemein beanstandet die CCDH auch die Vorgehensweise der Regierung. Die Kommission geht in ihrer Kritik aber noch weiter: „La CCDH déplore également le fait que le constituant semble vouloir finaliser coûte que coûte un projet qui dure depuis bien longtemps, au détriment de discussions de fond nécessaires pour la garantie des droits humains, composante basique du pacte du vivre ensemble“. Es sei verpasst worden, das gesamte Erneuerungspotenzial auszuschöpfen. Stattdessen beschränke man sich auf die Modifizierung weniger Textpassagen. Der Schutz, den die luxemburgische Verfassung garantiere, liege somit insgesamt an mehreren Stellen unter dem Schutzniveau internationaler Abkommen.

SHORT NEWS

La protection du patrimoine à la Chambre

(rg) - Les choses sont devenues plus calmes en matière de protection du patrimoine ces derniers temps. On peut l'expliquer en partie par l'effet de la pandémie, qui, surtout en 2020, a ralenti l'activité économique et donc aussi l'appétit des promoteurs à prendre possession des bâtisses anciennes pour les remplacer par du « moderne », censé être plus adapté au marché immobilier. Les militant-es aussi ont ralenti leur régime, surtout depuis le franc succès de la pétition publique, avec presque 5.300 signatures et - en conséquence - un hearing en octobre 2020 à la Chambre des député-es. Mais l'initiative n'a pas vraiment eu de répercussions, et l'idée principale d'un moratoire pour toute destruction de bâtiment datant d'avant 1955 - et de l'inversion de la charge de la preuve, dans ce cas, pour justifier la destruction et non la conservation d'un immeuble - a été évincée pour des raisons de sécurité juridique, jamais vraiment débattues au niveau politique. Ce sera peut-être le cas jeudi prochain, quand le projet de loi 7473 sur la protection du patrimoine sera examiné. La mise à l'ordre du jour a un peu surpris les milieux intéressés, car beaucoup de questions ne semblent pas complètement résolues. Mais une fois en plénière, on l'a vu à plusieurs reprises, les projets de loi ne changent guère. Les vrais débats se font dans les coulisses des commissions... qui n'entendent que rarement des représentant-es de la société civile.

CSV fürs Portemonnaie, weniger fürs Klima

(lm) - „Was tut die Regierung? Sie schaut zu!“, stellt angesichts der hohen Energiepreise die CSV in einem Pressecommuniqué fest. Am Mittwoch veröffentlichte sie ihre eigenen Vorschläge, darunter die Ausdehnung der Teuerungszulage auf Haushalte der unteren Mittelschicht. Die Oppositionspartei spricht sich auch für eine Preisdeckelung bei Heizöl und Erdgas aus. Sie verzichtet allerdings auf die von Automobilclub und ADR geforderte Aussetzung der CO₂-Steuer und plädiert stattdessen für eine Erhöhung des Kilometergelds im öffentlichen Dienst sowie der Kilometerpauschale. Dass die CSV diese an die Distanz zum Arbeitsort gekoppelte Steuerermäßigung aufgreift, erstaunt angesichts ihrer zweifelhaften Signifikanz in Zeiten des Teleworking. Außerdem handelt es sich bei einem Teil dieser Maßnahmen im weiten Sinn um Subventionen für fossile Treibstoffe. Dabei hatte am Montag der Europäische Rechnungshof seine Analyse der Energiesteuern und -subventionen veröffentlicht. Die EU-Institution begrüßt die verstärkte Förderung der erneuerbaren Energien, kritisiert aber die weiterhin hohen direkten und indirekten Subventionen für fossile Brennstoffe. Dass insbesondere die Steuersätze für Brennstoffe derzeit nicht das Ausmaß der Verschmutzung abbilden, stehe nicht im Einklang mit den EU-Klimazielen.

Franz Fayot sitzt beim Public Forum mit am Tisch

(is) - Diesen Monat erscheint keine neue Ausgabe des Magazins Forum, dafür lädt das Team aber am kommenden Montag, dem 7. Februar um 19 Uhr zur regen Diskussion über Kooperationspolitik ein: Raymond Weber, Präsident von SOS-Faim, moderiert das Rundtischgespräch zum Thema mit Nicole Ikuku, Direktorin des Cercle de coopération des ONGD, den Abgeordneten Stéphanie Empain (Déi Gréng) und Paul Galles (CSV) sowie Franz Fayot, dem Minister für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten. Die luxemburgische Kooperationspolitik wurde bereits in der Januarausgabe des Forum ausführlich analysiert. In den Beiträgen ist unter anderem von Verbesserungsmöglichkeiten und kontraproduktiven Aspekten der Kooperationspolitik die Rede. Fayot kam dort nicht zu Wort - erst im März publiziert das Forum ein Interview mit dem Minister. Die Diskussionsrunde am Montag gibt also einen Vorgeschmack. Es ist übrigens das erste Public Forum, das das Magazin seit der Umstellung seines Erscheinungsrhythmus organisiert: Das Heft kommt seit Januar alle zwei Monate raus, dazwischen finden die Public Forum-Debatten statt. Die Veranstaltung wird in Echtzeit auf dem Youtube-Kanal des Forum übertragen. Der Eintritt zu den Rotondes ist frei, eine Anmeldung nicht nötig. Die Diskussion wird auf Luxemburgisch und Französisch geführt.